

Vor den Parlamentswahlen

Kampagne gegen aktive Sterbehilfe in UK gestartet



Vor den Parlamentswahlen in Grossbritannien wurde eine Kampagne gegen aktive Sterbehilfe gestartet.

Quelle: Unsplash / Emily Wang

Im Vorfeld der britischen Wahlen ins Unterhaus wurde eine landesweite Kampagne gestartet, die die Parlamentskandidaten auffordert, sich gegen aktive Sterbehilfe auszusprechen.

Die Lebensrechtsorganisation «Right to Life UK» ruft die Wähler auf, ihre lokalen Parlamentskandidaten zu kontaktieren und sie zu bitten, die «End of Life Protection Pledge» zu unterzeichnen. Darin werden die Kandidaten aufgefordert, sich für den Schutz der Schwächsten einzusetzen, indem sie gegen Versuche stimmen, aktive Sterbehilfe einzuführen, und sich stattdessen für eine ausreichend finanzierte, qualitativ hochwertige Palliativversorgung einsetzen. Die Sprecherin von Right To Life UK, Catherine Robinson, sagte: «Wir erwarten, dass

die Euthanasielobby im nächsten Parlament mit neuen Versuchen zur Einführung der Euthanasie zurückkehren wird. Wir rufen die Wählerinnen und Wähler daher auf, sich mit den Kandidaten ihrer Kommunalparlamente in Verbindung zu setzen und sich bei dieser Wahl für den Schutz der Schwächsten in unserer Gesellschaft einzusetzen.»

Die Neuwahlen zum britischen Unterhaus sind für den 4. Juli 2024 angesetzt. Zu wählen sind 650 Abgeordnete.

Breite Ablehnung der Liberalisierung

Jüngste Umfragen des Meinungsforschungsinstituts YouGov unter Abgeordneten ergaben, dass nur 35 Prozent eine Gesetzesänderung befürworten, die es Ärzten erlauben würde, unheilbar kranken Menschen beim Suizid zu helfen.

Umfragen unter Palliativmedizinern ergaben ebenfalls eine starke Ablehnung der Legalisierung des assistierten Suizids – 82 Prozent der Mitglieder der Association for Palliative Medicine und 83 Prozent der vom British Medical Council befragten Ärzte sprachen sich dagegen aus.

Eine Befragung von Menschen, die mit einer Behinderung leben, ergab ein ähnliches Bild: Fast zwei Drittel (62 %) befürchten, dass eine Gesetzesänderung zu einem Druck führen könnte, ihr Leben zu beenden. Laut einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts ComRes befürchtet die Hälfte der Bevölkerung (51%), dass unheilbar Kranke unter Druck geraten könnten, ihr Leben zu beenden, wenn der assistierte Suizid legalisiert wird.

Stattdessen Palliativmedizin ausbauen

Die Initiative «Vote to Do No Harm» fordert die Abgeordneten auf, sich dafür einzusetzen, dass die Finanzierungslücke von 77 Millionen Pfund, die derzeit bei Hospizen im ganzen Land klafft, geschlossen wird, um sicherzustellen, dass unheilbar kranke Menschen am Ende ihres Lebens Zugang zu einer qualitativ hochwertigen Palliativversorgung haben. Robinson mit Bezug auf einen Parlamentsbericht von 2022: «Es gibt derzeit eine grosse Lücke in der Palliativversorgung im Vereinigten Königreich. Schätzungen zufolge sterben jedes Jahr mehr als 100'000 Menschen, die Palliativpflege benötigen, ohne diese zu erhalten», und sie fordert: «Das Vereinigte Königreich braucht eine angemessen finanzierte, qualitativ hochwertige Palliativversorgung für Menschen am Ende ihres Lebens und keine Beihilfe zum Suizid.»

Sowohl die Beihilfe zum Suizid als auch die aktive Sterbehilfe sind heute im gesamten Vereinigten Königreich illegal. 2015 hatte das britische Unterhaus die Legalisierung der aktiven Sterbehilfe mit grosser Mehrheit abgelehnt. 330 von 448 Abgeordneten hatten gegen den parteiübergreifenden Gesetzentwurf gestimmt. Weltweit erlauben nur 14 Länder (7% aller Länder) den assistierten Suizid und/oder Euthanasie.

Zum Thema:

[Dossier Sterbehilfe](#)

[Neue Studie: Sterbehilfe führt möglicherweise zu mehr Suiziden](#)

[Über 4 Prozent aller Todesfälle: Kanada: Starke Zunahme der Euthanasiefälle](#)

Datum: 26.06.2024

Autor: Reinhold Scharnowski

Quelle: Livenet / RightToLife / Christian Times

Tags

[Ethik](#)

[Menschenrechte](#)

[Europa](#)